

Mittwoch, 12. Januar 2022

# Der Kanton will die LGBTIQ+-Gemeinschaft besser schützen

Das Wallis möchte zum Vorreiterkanton im Kampf gegen die Diskriminierung queerer Menschen werden.

Fabio Pacozzi

Je nachdem, welche Studie man zu Rate zieht, gehören im Wallis zwischen 7000 und 35'000 Menschen zur Gruppe der LGBTIQ+. Zwischen zwei und zehn Prozent der Bevölkerung identifiziert sich also als «queer». Es sind Menschen, die noch immer mit gesellschaftlichen und gesundheitlichen Nachteilen zu kämpfen haben.

Das soll sich nun ändern: Für SP-Staatsrat Mathias Reynard gehört der Kampf für die Rechte der LGBTIQ+-Gemeinschaft seit jeher zu den politischen Hauptanliegen. Als ehemaliger Lehrer wisse er, mit welchen Problemen queere Jugendliche oft zu kämpfen hätten. Dazu gehörten Isolation, Diskriminierung und Gewalterfahrung. Anlässlich einer Pressekonferenz gab Reynard nun bekannt, wie er dies ändern will. Ein Aktionsplan gegen die Diskriminierung von LGBTIQ+-Personen soll dabei helfen, die Situation zu ändern.

Zwar ist der Kanton punkto Akzeptanz queerer Menschen durchaus bereits offener geworden: während das Wallis das Partnerschaftsgesetz im Jahr 2005 als einer von nur sieben Kantonen noch abgelehnt hatte, befürwortete das Stimmvolk 15 Jahre später ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Letztes Jahr folgte dann die Zustimmung zur «Ehe für alle». Dennoch, sagt Reynard, gehörten Diskriminierung und Homophobie im Kanton wie auch in der ganzen Schweiz «leider immer noch zur Realität.»

Auch auf Wunsch des LGBTIQ+-Vereins «Alpagai» hat



Staatsrat Mathias Reynard: Die Diskriminierung queerer Menschen ist leider eine Realität.

Bild: zvg

Reynard deshalb bei der Organisation Gesundheitsförderung Wallis einen Bericht anfertigen lassen. Zuvor hatte der Verein dem Staatsrat die Probleme geschildert, mit denen queere Menschen zu kämpfen haben. Ganz oben auf der Mängelliste: die Absenz von spezifischen Angeboten und Fachleuten, an die sich Betroffene wenden könnten.

Inzwischen liegt der Bericht von Gesundheitsförderung Wallis vor. Und auch er konstatiert, dass queere Personen öfters von Diskriminierung und Gewalt betroffen seien. Heranwachsende hätten vermehrt mit Schwierigkeiten bei der Identitätsfindung zu kämpfen, in weiteren Punkten

wird auf Aspekte im Zusammenhang mit der sozialen und beruflichen Integration eingegangen. Schliesslich schlägt der Bericht auch Massnahmen vor, um die Situation der Walliser LGBTIQ+-Gemeinschaft zu verbessern. Und diese will der Kanton nun umsetzen.

So wird etwa das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie noch diese Woche eine 50-Prozent-Stelle ausschreiben. Der oder die Beauftragte soll in Zukunft die LGBTIQ+-Politik des Kantons koordinieren – vergleichbare Posten gibt es derzeit nur in den Kantonen Genf und Waadt. Auch deshalb sieht Gesundheitsminister Reynard das Wallis nun als «Vorreiterkanton» im Kampf gegen die Diskri-

minierung von Angehörigen der LGBTIQ+-Gemeinschaft.

Zweitens wird aber auch die Organisation Gesundheitsförderung Wallis eine spezifische psychosoziale Beratung für queere Personen «und insbesondere Personen im Transitionsprozess» einrichten. Damit schafft der Kanton eine ständige Anlaufstelle, die Betroffenen in Schwierigkeiten zuhören und sie unterstützen soll.

Gleiches gilt für die SIPE-Zentren (Sexualität, Information, Prävention, Erziehung). Auch sie werden in Zukunft vertrauliche Gesprächsmöglichkeiten durch Fachleute anbieten.

Speziell fürs Oberwallis wird zudem das Programm PREMIS auch auf den deutsch-

sprachigen Kantonsteil ausgeweitet. Das Programm, das sich der Prävention von Diskriminierung queerer Menschen widmet, war bislang nur im Unterwallis vorhanden. Überhaupt, sagt Johanne Guex von Gesundheitsförderung Wallis, bestünden im Oberwallis derzeit überhaupt keine spezifischen Anlaufstellen für queere Personen. Betroffene müssten sich deshalb meist in Bern Unterstützung holen.

Vorgesehen ist des Weiteren ein Angebot für Eltern von trans- oder nichtbinären Kindern und Jugendlichen. Gemäss dem Bericht bestehe hier nämlich ein «relativ hohes Bedarfs-potenzial». Zudem lanciert das Amt für Gleichstellung und Fa-

milie auch eine kantonale Sensibilisierungskampagne. Geplantes Startdatum ist der 17. Mai, der Welttag gegen LGBTIQ+-Phobien.

Zu guter Letzt soll auch die Information und Aufklärung eine wichtige Rolle spielen. Zur Vorbeugung von Anfeindungen und Diskriminierung werden etwa SIPE-Mitarbeiter regelmässig in den Schulen über das Thema sprechen. Begonnen werden soll damit frühestens im zweiten Kindergarten und spätestens in der zweiten Klasse. Natürlich nicht, indem man die Kindergärtner in Sexualkunde unterrichte, sagt dazu der stellvertretende Kantonsarzt Dr. Cédric Dessimoz. Stattdessen könne es beispielsweise darum gehen, mit den Kindern über Identität zu sprechen.

Schulungen und Fortbildungen sollen aber auch beim Gesundheitspersonal stattfinden. Denn gemäss Dessimoz leiden queere Menschen überdurchschnittlich oft an gesundheitlichen Problemen, vor allem an psychischen und sexuellen. So sind queere Menschen etwa öfters von Suchtproblemen betroffen; erhöht ist auch das Suizidrisiko sowie das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Eine Studie von 2019 habe zudem aufgezeigt, dass derzeit die Hälfte aller neuen HIV-Infektionen sowie 60 Prozent der Fälle von Syphilis Männer betreffen, die Sex mit Männern haben.

Die Kosten für dieses neue Präventions- und Sensibilisierungsprogramm bezifferte Staatsrat Mathias Reynard gestern mit 130'000 Franken pro Jahr. Eine erste Bilanz will man Ende 2023 ziehen.